

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Nr. 12.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern gratis zugestellt.
Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von 1,50 Mk. pro Quartal zu beziehen.

Cöln, den 19. März 1909.

Insertionspreis für die viersp. Petitzeile 30 Pfg. Stellengesuche und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Expedition befinden sich Köln, Palmstraße 14. Telefonruf 3210. — Redaktionsschluss ist Dienstag Mittag.

10. Jahrg.

Mehr Agitation!

Die herannahende Frühlingszeit, in welcher die Natur überall zu neuem Leben erwacht, ermahnt auch die Gewerkschaftler, neues Leben und neue Begeisterung in die Organisation hineinzutragen. Insbesondere gilt es, die Agitation in den nächsten Wochen und Monaten neu zu beleben und intensiv zu betreiben. Tausende und abertausende Kollegen stehen heute der Organisation noch fern, stehen abseits vom Verbande und haben einen vollständig falschen Begriff von dessen Zielen und Leistungen. Eine ununterbrochene Aufklärungsarbeit, eine planmäßig betriebene Agitation, an der sich

alle Mitglieder

beteiligen, ist darum für einen vorwärtstrebenden Verband unerlässlich. Es ist falsch, die Agitationsarbeit nur einzelnen Kollegen zu überlassen. Sie sind gar nicht in der Lage, an alle Unorganisierten sowie an diejenigen, die aufgeklärt werden müssen, heranzukommen. Die sämtlichen Verbandsmitglieder müssen sich darum in die Arbeit teilen. Jedes Mitglied muß ein Agitator sein, muß seinen Teil mit dazu beitragen, neue Mitglieder zu gewinnen. Diesem Zwecke soll auch das der heutigen Nummer beiliegende

Flugblatt

dienen. Dasselbe ist nicht zur Belehrung für die Verbandsmitglieder bestimmt. Diese sollen vielmehr das Flugblatt benutzen, um für den Verband neue Mitglieder zu gewinnen. Jedes Flugblatt muß in die Hände eines dem Verbande noch fernstehenden Kollegen gelangen. Dabei dürfen auch die

Lehrlinge,

die bekanntlich um die Osterzeit in großer Zahl ihre Lehrjahre beenden, nicht vergessen werden. Gerade der jüngere Nachwuchs ist für den Verband äußerst wichtig und wohl wert, daß ihm die größtmögliche Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Möge also der Ruf: Mehr Agitation! von allen Mitgliedern ohne Ausnahme in den nächsten Wochen befolgt werden.

Mehr Zusammengehörigkeitsgefühl!

Die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung hat im Jahre 1908 vieles zu wünschen übrig gelassen. Das ist zu verstehen in anbetracht der mißlichen wirtschaftlichen Lage. Die Depression im Wirtschaftsleben wirkt naturgemäß weiter und überträgt sich auch auf die sozialen Bestrebungen der Arbeiterschaft. Das emsige Leben, das sonst in der Gewerkschaftsbewegung herrscht, versagt und an seine Stelle tritt leider nur zu oft Ermüdung und völlige Erschlaffung. Begünstigt wird dieser Umschwung nur sehr oft von der Untätigkeit, zu der die Gewerkschaften auf dem Gebiete der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in Zeiten der Krise verurteilt sind.

Wir können uns nun im Zentralverbande christlicher Holzarbeiter nicht über eine völlige Ruhe im Jahre 1908 beklagen. Sind doch Lohnbewegungen zum Abschluß gelangt in einem Umfange, wie wir ihr früher nicht gekannt haben. Allerdings hat es keine schwereren Kämpfe mit großen Opfern gekostet bis die getätigten großen Tarifabschlüsse erzielt wurden. Und trotzdem hat es im Verbande auch nicht an Kämpfen gefehlt. Ein kleiner Kampf hat sich an den anderen gereiht und als das Jahr herum, da verzeichnete der Klassenabschluß immerhin eine Aufgabe für Streiks von 51146,44 Mk. bei der Hauptklasse und 2606,62 Mk. bei den Lokalkassen. — Zu behaupten, daß im Verbande Kirchhofsrieden im Jahre 1908 geherrscht habe, wird deshalb niemanden einfallen.

Unsere gewerkschaftliche Tätigkeit hat denn auch dazu geführt, daß über 4000 Berufskollegen und Kolleginnen auf den Verband aufmerksam wurden und ihren Beitritt zu demselben erklärten. Das ist ohne Zweifel ein Erfolg der Agitation und der Erfüllung der gewerkschaftlichen Aufgaben

des Verbandes. Ueberblicken wir aber die Entwicklung der Mitgliederzahlen des Verbandes im Jahre 1908, so finden wir, daß trotz der Neuaufnahme von über 4000 Berufskollegen kaum der alte Mitgliederbestand behauptet wurde. Eine gewiß betäubende Erscheinung.

Was ist nun dagegen zu machen? Die Verbandsleitung hat gewiß alles getan, um einerseits allen Mitgliedern des Verbandes nach Möglichkeit und wie es dem Recht und der Billigkeit entspricht, Vorteile durch den gewerkschaftlichen Zusammenschluß zu sichern; andererseits hat sie nichts unversucht gelassen, gewerkschaftliche Aufklärung in die Kollegenkreise hineinzutragen, wozu ja gerade die Zeit der Wirtschaftskrise wie keine andere Zeit geeignet ist. Der Vertiefung des Gewerkschaftsgedankens bei jedem einzelnen Mitgliede hat auch in unserem Verbande viel Zeit und manches Opfer gegolten. — Und trotzdem die große Zahl der Fahnenflüchtigen. Was sollte seitens der Verbandsleitung noch mehr geschehen, um die einmal erworbenen Mitglieder auch zu erhalten? Sind dazu nicht auch die Ortsverwaltungen bestrebt gewesen alles zu tun, um ihre neugewonnenen Mitglieder auch zu besitzen? Man darf das von den meisten annehmen.

Da wirft sich uns ein anderer Gesichtspunkt auf. Und das ist das persönliche Verhalten der einzelnen als überzeugte Gewerkschaftler geltenden Verbandsmitglieder. Da scheint es fast, als sei manches nicht in der Ordnung. Daß agitiert wird, um neue Mitglieder zu gewinnen, lehrt uns ja die große Zahl der Neuaufgenommenen. Daß aber von jedem einzelnen Verbandsmitglied alles versucht wurde, die Neuaufgenommenen nun auch dem Verbande zu erhalten, das ist eine andere Frage, die mit einem glatten „Ja“ wohl nicht zu beantworten ist. Mit der Agitation, der mündlichen Werbung für den Verband ist es allein nicht getan. Damit läßt sich der einzelne wohl leicht überreden, aber nicht so leicht überzeugen. Von einem Gewerkschaftler muß man aber verlangen, daß er nicht nur mit dem Munde die Arbeitersolidarität bekundet, sondern daß er zu aller Zeit und in allen Verhältnissen sich als überzeugter Gewerkschaftler fühlt und ausführt. Damit soll gesagt sein, daß er in seiner ganzen Haltung Rücksicht zu nehmen hat auf die Sache, die er vertritt. Den christlichen Gewerkschaftler sollte man unter Un- und Andersorganisierten stets herauskennen. Er muß derjenige sein, dessen Verhalten zu all seinen Mitarbeitern nach allen Seiten hin als musterhaft zu bezeichnen ist. Mit der Erfüllung seiner nachfolgenden Pflichten, wie pünktliche Beitragszahlung, Unterrichtung über die laufenden Vorkommnisse und dergl. ist seinem Verbande noch nicht genug gedient. Er hat auch zu beweisen, daß er im Verbande wahre Arbeitersolidarität gelernt hat und diese nunmehr auch seinen Mitarbeitern bekundet. Der Gewerkschaftler darf sich vor allem von seinen Mitarbeitern nicht absondern, diese nicht abstoßen, sondern muß bestrebt sein, mit allen ein gutes Verhältnis zu pflegen.

Nur zu oft wird hiergegen gefehlt. Da glaubt man den Un- oder Andersorganisierten mit Verachtung strafen zu müssen und würdigt schließlich selbst den eigenen Verbandskollegen keines freundlichen Wortes. Das ist verkehrt und manches könnten sehr viele Mitglieder in dieser Beziehung von ihren Gegnern lernen. Was die Andersorganisierten anbelangt, so ist es nicht immer Bosheit, was sie von unserem Verbande abhält. Vorurteile, verkehrte Auffassungen usw. machen sie uns fremd und sichern unserem Verbande von ihnen ein falsches Urteil. Da ist mit Geduld und gutem Willen manches zu erreichen. Und selbst wenn manchmal etwas Bosheit herauszuschauen sollte, unsere Kollegen sollten immer bedenken, daß man „mit einem Tropfen Zucker mehr erreichen kann als mit einem ganzen Faß Essig“. Dasselbe gilt auch von dem persönlichen Verkehr mit den Unorganisierten. Mit dem Kopfe durch die Wand rennen, soll man auch bei ihrer Belehrung nicht. Das viele Reden allein hilft nichts. Worte belehren, aber Beispiele ziehen an“. Deshalb sollte der christl. Gewerkschaftler seinen Mitarbeitern auch stets als Vorbild gelten. — Und dann nicht zu schüchtern. Es sind uns Fälle bekannt, wo mehrere Verbandsmitglieder auf einer Bude standen, wochenlang aber der eine vom anderen nicht wußte, daß er der gleichen Organisation angehörte. Man sollte doch meinen, daß die Mitglieder des Verbandes gleich erkennen müßten, wer mit ihnen eines Sinnes und daß diesem gegenüber ein besonders kollegiales Verhalten zu bekunden sei.

Man darf wohl wagen, zu behaupten, daß die ungenügende Entwicklung der Mitgliederzahl des Verbandes zum großen Teile verschuldet ist durch eine sehr mangelhafte Beachtung der neugewonnenen Mitglieder. Denke man nur, daß in oben erwähnten Fällen Kollegen Mitarbeiter gewesen wären, die erst vor kurzem Verbandsmitglieder geworden. Gerade diesen geht meistens noch die gewerkschaftliche Ueberzeugung ab. Sie sind auf Grund eines besonderen Vorganges für den Verband gewonnen und bedürfen zu ihrer Festigung und Ausdauer noch der Belehrung, Schulung und des guten Beispiels. Läßt man diese Kollegen „links liegen“, bleiben sie unbeachtet von den einzelnen Verbandsmitgliedern, so ist

es nur zu leicht mit dem Interesse am Verbande vorbei. Indifferente und Andersorganisierte bringen sie zur Teilnahmslosigkeit und zu Zweifeln an ihrer Organisation und das Ende ist der Austritt. — Kostet nicht die mangelhafte Aufmerksamkeit auf die Neugewonnenen dem Verbande die meisten Mitglieder? Hand auf's Herz ihr Kollegen!

Noch ein anderes verdient da hervorgehoben zu werden. Die Gewerkschaftsfrage wird zu einer alten. Nicht sei damit gesagt, daß sie sich überlebt hat. Keineswegs! Aber die Begeisterung für sie läßt nach. In den Kreisen der Kollegen, die schon länger organisiert, betrachtet man den Verband als etwas ganz selbstverständliches. Wie man im Interesse der Wohlfahrt des gesamten Volkes dem Staat und der Kommune Steuern entrichtet, so bezahlt man im Verband seine Beiträge, weil man überzeugt ist, daß diese notwendig im Interesse des Arbeiterstandes und zur Ordnung im Gewerbe. Man ist überzeugt, bringt für die Gewerkschaftsfrage materielle Opfer und — läßt die Begeisterung schwinden. Nicht so sehr die Pflicht als die Begeisterung aber ist es stets gewesen, die die Massen fortgerissen und sie zu Taten angeporrt hat. Heute redet in der Gewerkschaftsbewegung der Verstand mehr wie das Herz, das Gefühl.

Wäre es angesichts dieser Tatsache der Gewerkschaftsfrage nicht förderlich, wenn man mehr bestrebt wäre, die Kollegialität auch außerhalb des Erwerbslebens zu pflegen? Ohne Zweifel wäre dieses der Sache, der wir dienen, nur zum Nutzen. Es ist gar nicht notwendig, daß zu diesem Festlichkeiten veranstaltet werden. Wie möchten die Pflege des so notwendigen Zusammengehörigkeitsgefühls mit den Worten „kollegiale Geselligkeit“ bezeichnen. Ueber die Zweckmäßigkeit eines solchen Beginns dürften kaum Zweifel laut werden; doch werden einsichtige Kollegen sich nicht verhehlen, daß solches nicht nur an manchen Orten zweckmäßig, sondern sogar notwendig ist. Leider steuern wir mancherorts mit der geschäftsmäßigen Erledigung unserer gewerkschaftlichen Aufgaben, der Vereinzelnung unserer Kollegen zu. Das muß verhindert werden, soll nicht die heilige und gerechte Sache, die wir vertreten, größeren Schaden leiden. Wird das Gefühl der Zusammengehörigkeit in manchen Zahlstellen unseres Verbandes fortan besser gepflegt, dann dürften dessen Folgen sicherlich auch nicht ohne Einfluß auf die Mitgliederbewegung bleiben.

Aussichten des Baugewerbes im Jahre 1909.

Stärker noch als die meisten Industrien wurde durch die zeitige Wirtschaftskrise das gesamte Baugewerbe getroffen. Während in der Eisen- sowie auch der Textilindustrie vielfach erst im Anfang des Jahres 1908 sich eine Verschlechterung des Abjages bemerkbar machte, litt das Baugewerbe bereits im Jahre 1907 unter den Vorboten des wirtschaftlichen Niederganges. Der hohe Geldzinsfuß, verbunden mit außerordentlicher Geldknappheit hielt das ganze Jahr hindurch an und lähmte die Tätigkeit. Müßten doch in diesem Jahre bis 8% Zinsen gezahlt werden, hinzu kam eine Vermittlungsgebühr von 1—1½ Prozent. Wenn nun auch im Januar 1908 der amtliche Wechselzinsfuß von 7½ auf 6½ und weiterhin im Laufe des Jahres bis auf 4% ermäßigt werden konnte, so blieb doch der Zinsfuß immer noch zu hoch, um eine Belebung des Baugeschäftes herbeiführen zu können. Aus diesem Jahre wird daher übereinstimmend aus fast allen Städten Deutschlands über das Darniederliegen des Baugewerbes geklagt.

Wie sind nun die Aussichten des Jahres 1909? Hier ist nun vor allem zu berücksichtigen die eingetretene weitere Verbilligung des Geldmarktes, indem der Wechselzinsfuß der Reichsbank von 4 auf 3½% ermäßigt wurde. Diese Ermäßigung wird zweifellos zu einer Belebung des Baugeschäftes beitragen. Wird doch in keinem anderen Gewerbe so sehr mit fremdem Gelde gearbeitet als gerade im Baugewerbe. Darum wird die Verbilligung des Geldes in Verbindung mit der Geldflüssigkeit ihre wohlthätige Wirkung nicht verhehlen. Dieses umsomehr, als auch die Preise der Baumaterialien gefallen sind, sodas sich die Herstellung von Bauten wesentlich billiger gestalten wird, als früher. Es kommt hinzu, daß durch die Stagnation der Bautätigkeit in den Jahren 1907 und 1908 vielerorts ein starker Mangel an geeigneten Wohnungen zu verzeichnen ist; somit dürfte in erster Linie von diesen Verhältnissen der Wohnungsbau profitieren. Um ein gesundes Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage bei den Mietwohnungen herbeizuführen und den notwendigen Ausgleich zu schaffen, wird im allgemeinen ein Satz von 3—4% an leerstehenden Wohnungen als angemessen erachtet. Wir finden aber, daß nach einer Statistik im „Reichsarbeitsblatt“ Nr. 6 vom Jahre 1908 dieser Satz von einer größeren Anzahl Städte längst nicht erreicht wird und eine richtige Wohnungsnot und Teuerung erzeugt hat. So hatten beispielsweise folgende Städte an leerstehenden Wohnungen vom Hundert der gesamten Wohnungen aufzuweisen: Karlsruhe 2,74; Düsseldorf 2,43; Berlin 2,11;

Nachen und München 2,4; Straßburg 2,21; Bremen 2,2; Lübeck 1,98; Freiburg 1,9; Essen 1,89; Braunschweig 1,88; Magdeburg 1,80; Mannheim 1,07; Nürnberg 0,96; Augsburg 0,62. An diesen Orten ganz besonders, wo die Herstellung geeigneter Wohnungen bedeutend hinter dem tatsächlichen Bedarf zurückgeblieben, könnte eine starke Bautätigkeit einsetzten. Hier wäre ein besonders geeignetes Feld zur Einsetzung privater Bautätigkeit, jedoch ebenfalls zur Betätigung für die gemeinnützigen Baugenossenschaften oder Spar- und Bauvereine. Diese Vereine besonders sollten sich die Verbilligung der Baumaterialien zunutze machen, sind doch Eisenträger, Ziegelsteine, Zement usw. bedeutend im Preise gefallen. Jedoch auch die Industrie dürfte sich diese günstigen Verhältnisse nicht entgehen lassen zur vermehrten Herstellung von Koloniewohnungen und Fabrikbauten. Es wird dieses denn auch schon aus verschiedenen Industriebezirken berichtet. Die von einer größeren Zahl von Industriegeellschaften geplante Erweiterung ihrer Betriebsanlagen wird zu einem guten Teile dem Baugewerbe zugute kommen.

Von Seiten der Ministerien wurden mehrfach die unterstellten Verwaltungen angewiesen, auf eine beschleunigte Herstellung öffentlicher Gebäude bedacht zu sein, einerseits, um die Folgen der Wirtschaftskrise herabzumindern, andererseits, um die Vorteile der jetzigen Konjunktur wahrzunehmen. Als ein weiteres günstiges Zeichen ist anzusehen die eingetretene flottere Bewegung auf dem Grundstücksmarkt. Diese pflegt naturgemäß einer stärkeren Bautätigkeit voranzugehen und konnte dieses bereits in den letzten Monaten des Jahres 1908 konstatiert werden.

Ein ziemlich getreues Bild der Lage bieten die bei den Stadtverwaltungen eingehenden Baugesuche. Wie der „Gen.-Anz.“ in Düsseldorf von dieser Stadt berichtet, sind hier im Januar und Februar 1909 an Baugesuchen eingegangen für öffentliche Gebäude, Wohnhäuser, größeren An- und Umbauten, sowie Gebäuden zu gewerblichen und Wirtschaftszwecken insgesamt 277 gegen 98 in derselben Zeit des Vorjahres. Dieser außerordentlichen Steigerung steht zwar eine Beringerung der kleineren Umbauten entgegen, welche jedoch gegenüber der gekennzeichneten Steigerung nicht ins Gewicht fällt. Hauptsächlich am dem Wohnungsmangel entgegen zu arbeiten, der gerade die Straßenbahnangelegenheiten bedrückt, wird die Stadt Düsseldorf in Verbindung mit dem Spar- und Bauverein allein 180 Wohnungen errichten, welche in erster Linie diesen zugute kommen sollen. In Elberfeld liegt die Zahl der genehmigten Gesuche von 96 auf 155 im gleichen Zeitraum. Von Gelsenkirchen wird ebenfalls eine Steigerung von 90 auf 127 Gesuche gemeldet. Essen hat eine Steigerung von 105 auf 117 aufzuweisen, während von Köln keine wesentliche Verschiebung gemeldet wird; doch sind auch hier sonstige günstige Anzeichen durch die Schließung der Festungswälle vorhanden. Aus einer Anzahl mittlerer Orte wird ebenfalls eine lebhaftere Bautätigkeit gemeldet.

Mit dieser Aufschwung des Baugewerbes würde auch zweifellos Hand in Hand gehen eine Belebung des Geschäftsganges im Schreinergerwerbe. Die Herstellung der Bauwerkstätten sowie die Ausmöblierung der neu errichteten Wohnräume würde Arbeit und Verdienst bringen. Ebenso würden hiervon die vielen kleinen Gewerbe profitieren, welche mit dem Baugewerbe in Zusammenhang stehen und würde die Kaufkraft eines großen Teiles der Bevölkerung dadurch günstig beeinflusst. Das Baugewerbe hätte außerdem in der sehr starken Krise unter der hereinbrechenden Krise zu leiden, wäre es nicht um auch eine nachhaltige Besserung erfahren und den Boden für einen weiteren Umschwung der jetzigen ungünstigen Verhältnisse vorbereiten.

Bericht des Lokalsekretariats Essen.

(1. Januar bis 31. Dezember 1908).

Wie im Vorjahre, so unterrichten wir auch hiermit wiederum den Mitgliedern der Verwaltungsstelle, sowie allen Verbandsmitgliedern den Jahresbericht.

Zu Anfang des Jahres fand die Verwaltungsstelle im Zeichen der Beitragserhöhung. Der Lokalbeitrag war durch vorhergegangene Unabstimmung für die Schönen Essen, Altenesser, Kattenscheid und Essen-Bef von 60 auf 80 und für Hoch Cappel von 60 auf 70 Pfg. ab 1. Januar erhöht. Hatte die Gegner dieser Beitragserhöhung schon vor der Unabstimmung alles aufgeboten, um den Antrag zu Fall zu bringen, so konnte die Rat einzelner nach der Abstimmung und der Einführung des erhöhten Beitrags keine Grenzen. Der größte Krampf glaubten diese Kollegen dadurch anzuhängen zu können, daß sie der Organisation den Rücken lehten, ohne aber zu bedenken, daß sie sich damit selber am meisten schaden. Denn der Gehalt und Bekanntheit des größten Teiles unserer Mitglieder haben wir aber nicht allein diesen Kapitalen glänzlich überlassen, sondern unsere Lokalkassen-Verband noch bedeutend gekürzt, wie aus dem Bericht über die Kassenverhältnisse zu ersehen ist. Ueber die Notwendigkeit eines solchen Kampfes dürfen sich die Kollegen des Essen-Beforts im vergangenen Jahre von neuem durch das Verhalten der jetzigen Arbeitgeber belehrt worden sein.

1/2 Jahre haben wir schon in Tarifverhandlungen, nur gut 1/2 Jahren ist in Aussicht für Essen der Schiedspruch gefällt und wir heute haben es die Arbeitgeber nicht fertig gebracht, den Tarif zu unterzeichnen. Ein solches Verhalten muß unbedingt bemerkt ein eigenständiges Licht auf die Beitragsfähigkeit, sowie auch auf die Disziplin der jetzigen Arbeitgeber gegenüber dem Schiedsverband. Mag dieses Verhalten aber auch eine ernste Mahnung sein für diejenigen Kollegen, welche bei der vom Schiedsverband eingeschlagenen Beitragspolitik glauben, mancher Klein-Kämpfe so gut wie unangelegentlich. Wir werden im Gegenteil wahrscheinlich die großen Kämpfe noch zu führen haben. Das ganze Jahr

stand somit für unsere Verwaltungsstelle im Zeichen der Lohnbewegung, deren endgültiger Verlauf auch am Schluß des Jahres noch nicht zu übersehen ist.

Nachdem der Leipziger Schiedspruch für Essen gefällt war und derselbe den Mitgliedern des Schutzverbandes offenbar als zu weit gehend erschien, suchten dieselben nach dem ganzen weiteren Verlauf der Angelegenheit beim Arbeitgeberbund fürs Baugewerbe anzubinden. Um den Abschluß des Tarifs vorherhand unmöglich zu machen, legten die Arbeitgeber in der entscheidenden Sitzung, nachdem der Schiedspruch bereits gefällt war, einige Zusatz-Paragrafen vor, deren Annahme für uns zur Zeit wenigstens noch, einfach unmöglich war. Die Verhandlungen wurden dadurch abgebrochen und ist, wie schon bemerkt, bisher der Leipziger Schiedspruch von den Arbeitgebern noch nicht anerkannt. Es haben dann noch im Laufe des Jahres mehrere Verhandlungen mit dem Arbeitgeberbund fürs Baugewerbe in Essen stattgefunden. Auch diese haben gleichfalls kein greifbares Resultat ergeben und hatten wir daher im letzten halben Jahre ein vertragsloses Arbeitsverhältnis. Wir haben uns auch damit abgefunden und hat es sich gezeigt, daß allerwärts dort, wo wir in den einzelnen Betrieben ein gutes Organisationsverhältnis zu verzeichnen hatten, auch keine nennenswerte Verschlechterungen eingeführt sind. Nur in einem Falle ist es zur Arbeitseinstellung gekommen, und zwar bei der Firma Bruns. Der Unternehmer glaubte dadurch die Löhne herabsetzen zu können, daß er den Kollegen einseitige Akkordpreise festsetzte, mit der gleichzeitigen Erklärung: „Wer mit dem Akkord nicht auskommt, erhält soviel von seinem bisherigen Stundenlohn abgezogen, wie er eben bei dem (einseitig) festgesetzten Akkord verdient.“ Da einige Kollegen sich weigerten, unter solchen Umständen die Arbeit anzunehmen, wurden sie kurzerhand entlassen. Darauf erklärten sich sämtliche Kollegen solidarisch und nach einem dreitägigen Streik war die Bewegung zu Gunsten der Kollegen beigelegt. Hierbei verdient noch das Verhalten der Schutzverbändler besondere Beachtung. Noch ehe die Differenz zum Ausbruch kam, wandten sich die Organisationsleiter an die Leiter des Schutzverbandes, um vermittelnd einzugreifen. Darauf erklärte man, in der Sache nichts tun zu können. Wie nun die Bewegung beendet war und die Kollegen alle die Arbeit wieder aufgenommen hatten, ging uns von derselben Leitung, die vorher nichts zur Beilegung der Differenz glauben zu können, ein Schreiben zu, in dem mit einer allgemeinen Aussperrung gedroht wurde, wenn nicht die zu unrecht verhängte Sperre aufgehoben würde.

Bei dieser Gelegenheit sei auch noch ein Vorfall erwähnt, der einem bei der Welfirma Krupp beschäftigt gemessenen Kollegen widerfahren ist. Der Kollege war einige Jahre bei genannter Firma beschäftigt und wurde im Laufe des Sommers wegen Arbeitsmangel mit noch mehreren Arbeitern entlassen. Nach der Entlassung reichte der Kollege ein Gesuch an die Firma ein, auf Rückzahlung der Pensionsklassenbeiträge. Ausnahmsweise erhielt der Kollege auch einen kleinen Teil derselben zurück. In sehr vielen Fällen werden derartige Gesuche ohne weiteres abgelehnt. Nachdem der Geschäftsgang in der Stellmacherei wieder besser wurde, und hier neue Arbeiter eingestellt wurden, frag auch der einige Monate vorher wegen Arbeitsmangel entlassene Kollege wieder um Arbeit an und wurde auch eingestellt. Nicht wenig erstaunt war aber unser Kollege, als ihm gleich am ersten Morgen vom Meister erklärt wurde, er hätte von „obenherunter“ den Auftrag, ihn nicht einstellen zu dürfen. Wohl oder übel mußte der Kollege die gepriesene „Brotkrumenfirma“ wieder verlassen. Ein Gesuch, welches auf Anraten des Meisters noch an die Firma eingereicht wurde, ist ebenfalls nach ungefähr 3 Wochen abschlägig beschieden. Hierbei offenbarte sich von neuem das Pensionsklassenwesen bei der Firma Krupp in seiner jetzigen Gestalt für die Arbeiter als Wohlstandsplage. Man sollte doch meinen, daß die Firma sowohl Gerechtigkeitsgefühl besitzen müßte, Arbeiter, die wegen Arbeitsmangel entlassen werden und sich sonst nichts haben zu Schulden kommen lassen, bei der Einstellung von neuen Arbeitkräften in erster Linie zu berücksichtigen. Derartige Fälle lassen keineswegs vereinzelt da. Hier kann nur die Gesetzgebung eingreifen und der Ausweg in der Weise einen Kegel vorschreiben, daß zum mindesten beim unfreiwilligen Ausscheiden aus solchen Betrieben die abgehaltenen Pensionsklassenbeiträge zurückzahlen werden müssen.

Die Agitation war infolge der Krise schwieriger als im Vorjahre. Die Versammlungen ließen in Bezug auf die Zahl der Teilnehmer im allgemeinen zu wünschen übrig. Die Zahl der besuchten Versammlungen beträgt 102, die Zahl der sonstigen Sitzungen 133. In den meisten Versammlungen wurden Vorträge gehalten. 35 Vertrauensleute waren durchschnittlich tätig, um die Zustellung des Organs und die Einzahlung der Beiträge zu besorgen. Ihnen allen, sowie auch allen sonstigen Kollegen, welche in der Agitation häufig mitgearbeitet haben, sei an dieser Stelle bestens gedankt.

Die Korrespondenz war ebenfalls sehr umfangreich. Es gingen aus 339 Briefe, 376 Karten und 2693 Druckzettel einschließlich des wöchentlichen Zeitungsverbandes. Eingegangen sind 144 Briefe, 181 Karten und 66 Druckzettel. Bei dieser Gelegenheit sei an alle Kollegen die Bitte gerichtet, in Zukunft alle Anfragen und Mitteilungen nach Möglichkeit sofort zu erledigen, es kann dadurch viel Zeit und manüelles doppeltes Porto erspart werden.

Klagen an Gewerbegericht waren 17 zu vertreten, welche zusammen 24 Termine erforderlich machten. Der Gesamtbeitrag, welcher hierbei für die Kollegen erzielt wurde, beläuft sich auf 373,15 M.

In Rücksicht auf den geben wir noch eine Übersicht über die Kassenverhältnisse. Wenn dieselben auch nicht so glänzend dastehen wie im Vorjahre, so dürfen wir doch unter Berücksichtigung aller im Betracht kommenden ungünstigen Momente damit zufrieden sein.

a) Einnahme der Hauptkasse.

1. Eintrittsmarken à 50 Pfg. = 165 Stück	82,50 M.
2. Beitragsmarken „ 25 „ = 71 „	17,75 „
3. „ „ 45 „ = 10954 „	4929,30 „
4. „ „ 48 „ = 9713 „	4682,24 „
5. Sonstige Einnahmen	40,00 „
Gesamteinnahme	9731,79 M.

b) Einnahme der Lokalkasse.

1. Bestand vom 31. Dezember 1907	2689,87 M.
2. Anteil der Lokalkasse von den Beitragsmarken	745,51 „
3. Lokalbeiträge à 30 Pfg. = 13848 Stück	4154,40 „
4. „ „ 20 „ = 1214 „	242,80 „
5. „ „ 10 „ = 4761 „	476,10 „
6. Zinsen	92,39 „
7. Sonstige Einnahmen	175,60 „
Gesamteinnahme	8576,67 M.

Ausgaben der Hauptkasse.

Reiseunterstützung	85,00 M.
Gemahregelunterstützung	66,00 „
Sterbegeld	70,00 „
Arbeitslosenunterstützung	814,92 „
Krankenunterstützung	1218,71 „
Streikunterstützung	58,50 „
Sonstige Ausgaben	150,00 „
Summe der Ausgaben	2463,13 M.

Ausgaben der Lokalkasse.

Porto	189,23 M.
Agitation	304,86 „
Reiseunterstützung	5,75 „
Streikunterstützung	11,00 „
Gemahregelunterstützung	40,00 „
Arbeitslosenunterstützung	81,95 „
Krankenunterstützung	217,71 „
Sonstige Unterstütlungen	106,10 „
Kartebeiträge	165,60 „
Verwaltung	1951,88 „
Entschädigung für Vertrauensleute	618,57 „
Bureau-Utenilien	290,82 „
Sonstige Ausgaben	53,16 „
Summe der Ausgaben	4036,63 M.

Bilanz der Hauptkasse.

Gesamteinnahmen	9731,79 M.
Gesamtausgaben	2463,13 „
An die Hauptkasse gesandt	7268,66 M.

Bilanz der Lokalkasse.

Gesamteinnahmen	8576,67 M.
Gesamtausgaben	4036,63 „
Bestand am 31. Dezember 1908	4540,04 M.

Bei dem Kassenbericht fallen die verhältnismäßig geringen Unterstützungssätze der Lokalkasse gegenüber denen der Hauptkasse auf. Dazu ist zu bemerken, daß die Unterstützungssätze der Lokalkasse erst vom 1. Oktober ab statutarisch zur Einführung gelangt sind und dürften dieselben daher in diesem Jahre eine erhebliche Steigerung erfahren. Der Kassenbericht widerlegt aber auch treffend die Ausreden jener Kollegen, die immer noch sagen, der Verband hat keinen Zweck. Sind doch im Berichtsjahre über 2770 M. an den verschiedensten Unterstützungsarten den Kollegen direkt wieder zugute gekommen. An alle Kollegen ergeht nunmehr der Ruf, mit neuem Mut in die Agitation einzutreten, damit wir im nächsten Jahre nicht allein über gute Kassenverhältnisse, sondern auch über eine bedeutende Vermehrung der Mitgliederzahl berichten können. Ganz besonders ist es auch augenblicklich Pflicht aller Kollegen, für die Stärkung unseres Verbandes Sorge zu tragen; desto leichter wird es möglich sein, bei der bevorstehenden Lohnbewegung einen Erfolg zu erringen.

Franz Kust.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 12. Wochenbeitrag im Jahre 1909 für die Zeit vom 14.—20. März fällig ist.

Die Zahlstelle Posen erhält die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrages von 10 Pfg.

Auf das dieser Nummer des Organs beiliegende Flugblatt, sei besonders aufmerksam gemacht. (Siehe auch die Notiz an der Spitze des Blattes).

Der dieswöchentlichen Zeitungsendung liegen die Abrechnungsschemata für das 1. Quartal 1909 bei.

Die Schemata sind bis zum 15. April an die Geschäftsstelle nebst den entsprechenden Geldbeträgen einzufenden.

Diejenigen Zahlstellen, welche noch alte Marken im Besitz haben, müssen diese ebenfalls einfinden.

Für etwa fehlende Marken müssen die Zahlstellen selbst aufkommen. Es ist also der sich aus der Abrechnung ergebende Rest an alten Marken, oder der Geldbetrag hierfür einzufenden.

Einige Zahlstellen sandten noch Gelder für die Abrechnung vom 4. Quartal 1908 ein, als die Abrechnung schon im Druck und eine Aenderung nicht mehr möglich war.

Diese Beträge wollen die betreffenden Kassierer als Teilzahlung für das 1. Quartal 1909 buchen.

Unabhängig von der Abrechnung sind am 1. April Teilzahlungen einzufenden.

Sollten einzelne Zahlstellen beim Einfinden der Abrechnung vom 1. Quartal schon größere Einnahmen für das neue Quartal gemacht haben, so kann gleichzeitig mit dem Abrechnungsbeitrag eine Teilzahlung eingekandt werden. Die Höhe derselben ist dann auf dem Postabdruck besonders zu vermerken.

Genaue Ausfüllung aller, von der Zentrale herausgegebenen Formulare, insbesondere der Unterstützungsbeleg, Zeit- und Abrechnungsformulare, ist dringend erforderlich. Alle Nachfragen können hierdurch vermieden werden.

Lohnbewegung.

Verbandsmitglieder! Tretet keine Arbeitsstelle an, ohne vorher bei der Verwaltung der zuständigen Zahlstelle zu erkundigen, gleich ob im Organ die Sperre über den Betrieb bekannt gegeben ist oder nicht. — Wer vorhaben bei Arbeitswechsel geschützt sein will, ziehe die Ortsverwaltung zu Rate.

— Die Ortsverwaltungen haben bei allen Lohnbewegungen der Zentrale jede Woche vor Redaktionsschluss einen Bericht über den Stand der Bewegung einzusenden.

Der Bezug ist fernzubalten nach: **Bedum i. W.**: (Schreiner) Firma Arnberg. **Münster**: (Schreiner) Möller und Reihmann, Hölter, Herdlicka. Zureisende Kollegen haben sich unter den Umständen im Verbandsbureau, Schillerstraße 46 zu melden.

Der Kampf um den Tarifvertrag in Münster wird mit der Schärfe fortgesetzt. Unsere Kollegen haben in ganz Münster ein orientierendes Flugblatt verbreitet, um die breite Öffentlichkeit über den Sachverhalt aufzuklären. Daraufhin erging in der Presse eine öffentliche Erklärung, worin die Arbeitgeber den Tarifbruch abzuleugnen suchen und sich bereit erklären, einem unparteiischen Obmann im Einigungsamt die Entscheidung zu übertragen. Unsererseits wurde die Entscheidung wie folgt beantwortet:

Bezugnehmend auf die in Nr. 157 des Münsterischen Anzeigers veröffentlichte öffentliche Aufforderung, unterzeichnet von den Arbeitgeberseite, des Einigungsamtes im hiesigen Schreinerhandwerk, erklären die Unterzeichneten folgendes:

1. Es ist unwar, daß die Arbeitnehmerseite des Einigungsamtes die Einigungsverhandlungen in der erwähnten Streitfrage abgebrochen haben.
2. Wahr ist, daß die Arbeitnehmer die Fortführung der Verhandlungen gewünscht und beantragt haben, insbesondere dadurch, daß, wie es laut Tarifvertrag vorgesehen ist, die Ernennung eines unparteiischen Obmannes erfolgen sollte.
3. Wahr ist, daß die Arbeitgeber dieses einstimmig abgelehnt haben. Hierbei müssen wir unser Erstaunen darüber offen zum Ausdruck bringen, daß seitens der Arbeitgeber nunmehr genau derselbe Antrag an uns gerichtet wird, doppelt erstaunlich deshalb, weil unsererseits bei den Einigungsverhandlungen ein Obmann in Vorschlag gebracht wurde, der genau den Anforderungen entsprach, wie sie in der öffentlichen Aufforderung seitens der Arbeitgeber verlangt werden.
4. Trotzdem in der öffentlichen Aufforderung der Arbeitgeber uns gegenüber unwahre Behauptungen aufgestellt werden und trotz des Umstandes, daß jetzt die Herren Arbeitgeber den von uns gestellten und von ihnen damals abgelehnten Antrag auf Ernennung eines unparteiischen Obmannes zum Besten machen, sind wir vor wie nach bereit, die Verhandlungen unter dem Vorherrsche eines unparteiischen wieder aufzunehmen — und lassen gleichzeitig dem Einigungsamt diesbezügliche Nachricht zugehen.

Des Weiteren sehen wir uns veranlaßt, zur Klärung der Sache noch folgendes mitzuteilen:

Die Berichterstattung des Herrn Möllers in der gemeinsamen außerordentlichen Generalversammlung des Verbandes der Holzindustriellen und der Tischlerzangsinnung vom 10. März kann, nach dem Bericht des „Münsterischen Anzeigers“ zu urteilen, keine objektive genannt werden. Die Ausführungen des Herrn Möllers enthalten geradezu schwere Beleidigungen der Organisationen der Holzarbeiter und auch der Arbeitnehmerseite des Einigungsamtes. Wir stellen fest, daß unsererseits das möglichste versucht worden ist, die Streitfrage auf friedliche Weise zu lösen, was insbesondere durch die Mitwirkung eines unparteiischen Vorsitzenden der Fall gewesen sein dürfte. Ganz besonders müssen wir die Behauptung zurückweisen, als ob die in Frage kommenden Arbeiter sich mit Lohnabzügen einverstanden erklärt hätten und weiter, daß wir der Arbeiterentlassungen noch Lohnkürzungen gelten lassen wollten. Es wurde unsererseits ausdrücklich hervorgehoben, daß, wenn Arbeitsmangel vorhanden wäre, derselbe durch weitgehendste Verkürzung der Arbeitszeit ausgeglichen werden könnte.

Wie man angesichts dieser unserer Stellungnahme die Behauptung aufstellen kann, wir hätten den Streit vom Zaun gebrochen, ist unerklärlich. Der Vorwurf, welchen Herr Möller erhoben hat, ist auf die zurück, welche die Verhandlungen durch Ablehnung eines unparteiischen Obmannes zum Scheitern gebracht haben — und das waren die Arbeitgeberseite des Einigungsamtes. — Unsere Ehre und unser Pflichtgefühl erfordern von uns, einzeln abgeschlossene Verträge zu revidieren, was im gleichen Maße auch für die Herren Arbeitgeber gelten sollte.

Im übrigen sind wir stets bemüht gewesen und sind es auch heute noch, auf dem Wege sachlicher und ruhiger Verhandlungen bestehende Differenzen auszugleichen.

Namens der Arbeitnehmerseite des Einigungsamtes.

S. A.
Simon Raspar, Vorsitzender.

Der Tarifbruch marschiert. — Aus Bedum wird uns berichtet: Die hiesige Firma Arnberg hat der Ruhm der Münsterischen vertragsbrüchigen Schreinermeister nicht schlafen lassen. Gleich diesen, verlegt die genannte Firma sich darauf zu bekunden, daß die Vertragstreue eigentlich nur eine Sache der Arbeiter ist, die aber beileibe keinen Arbeitgeber in seinem Vorhaben fördern darf. Nachdem die Firma sich nicht zur Wücknahme ihrer Ankündigung auf Reduzierung der Lohnhöhe um 40—60 Pfg. pro Tag bewegen ließ, haben die Kollegen die Kündigung eingereicht und nehmen sie den ihnen zugebrungenen Kampf auf, weil er uns Recht geführt werden muß. Tarifbrüche werden sie eben nicht rückschweigend einlassen, sondern beweisen, daß für den Arbeitgeber sich die gleichen Rechte aus einem Vertrage ergeben, wie für einen Arbeiter. Sollen die Arbeitgeber keine Anarchie im Gewerbe, dann lassen sie nicht das Recht auf Grund eingegangener Verträge an Arbeitern in guten Zeiten einen verlangten höheren als im schlechten Lohn zu verlangen, wenn sie im Herbst in schlechten Zeiten die Löhne reduzieren und den Vertrag mis-

achten. — Mit dem Vertragsbruche der Firma Arnberg beschäftigte sich am 11. März eine in Bedum stattgefundene große Volksversammlung, in der die Kollegen Schick-Buchum und Werlich-Bedum (Keramarbeiter) referierten. Die Versammlung nahm eine Resolution an, in der das Verhalten der Firma verurteilt und den uns Recht in den Kampf tretenden Kollegen volle Sympathie und Unterstützung ausgedrückt wird. — Mit stürmischer Heiterkeit nahm die äußerst gut besuchte Versammlung die Worte des Firmeninhabers auf, daß er anstatt christlich organisierte Schreiner, lieber sozialdemokratische Verbändler bei einem Stundenlohn von 40—42 Pfg. einstelle. Nun Herr Arnberg mag versuchen.

Verhinderung einer Lohnverkürzung in Radevormwald. Das Baugeschäft G. Lange und Comp. in Radevormwald kündigte vor 14 Tagen ihren, bei der Firma schon seit langen Jahren beschäftigten Schreiner einen Lohnabzug von 3 Pfg. pro Stunde an. Auf den Einspruch der sämtlich in unserem Verbandsorganisierten Kollegen, erklärte Herr G. Lange, wer mit dem Abzug nicht einverstanden sei, könne sich als gekündigt betrachten. Ein Vorkelligwerden seitens des Organisationsvertreters hatte keinen Erfolg, da Herr Lange erklärte, er sei für denselben in dieser Angelegenheit nicht zu sprechen, es bleibe bei dem angekündigten Lohnabzug. Um nun kein Mittel zur Einigung unversucht zu lassen, wurde der Herr Bürgermeister gebeten, mit dem Firmeninhaber Rücksprache zu nehmen und denselben auf die entstehende ernste Situation aufmerksam zu machen, da die sämtlich organisierten Arbeiter nicht gesonnen seien, sich diesen Abzug gefallen zu lassen. Herr Lange äußerte sich dem dahin, daß verschiedene seiner Arbeiter den Lohn nicht verdienten, trotzdem dieselben bisher je 7 und 18 Jahre bei der Firma zur bisherigen, vollsten Zufriedenheit gearbeitet hatten. Oder sollte die jetzige Kritik ihrer Tätigkeit damit zusammenhängen, daß dieselben als Vorstands- und Ausschussmitglieder ihre Pflicht getan haben? Am Samstagnachmittag vor Ablauf der Kündigungsfrist nahm denn Herr Lange die Kündigung und den Lohnabzug zurück und gab sein Wort darauf, daß die bisherigen Verhältnisse bestehen bleiben und keinen der in Frage kommenden Arbeiter Schwierigkeiten gemacht werden sollten. So wurde durch das einige Zusammenhalten der Kollegen und die Rückendeckung der Organisation für die Kollegen ein beträchtlicher Lohnabzug abgewehrt.

Der Streit um die Vesperpause in Berlin ist vom dortigen Einigungsamt in seiner Sitzung vom 12. März grundsätzlich zugunsten der Gehülften entschieden worden. Das wird jedoch an der Tatsache nichts ändern, daß die Arbeitgeber den schlechten Geschäftsgang benutzen (soweit sie ihn noch nicht benutzt haben) um eine Regelung der Angelegenheit in ihrem Sinne zu bewirken. Das Einigungsamt fällt folgenden Schiedspruch:

1. Die Arbeitszeitverkürzung wird an das Ende der Arbeitszeit gelegt und kann erfolgen durch:
 - a) Sonnabends eine Stunde früheren Arbeitschluss;
 - b) Montags und Sonnabends je eine halbe Stunde Arbeitszeitverkürzung;
 - c) Dienstags bis Freitags je eine Viertelstunde Arbeitszeitverkürzung.
2. Es soll aber auch gestattet sein, nach innerhalb vier Wochen beiderseits Einigungen über eine Vesperpause unter Anrechnung als Arbeitszeitverkürzung herbeizuführen.

In den Betrieben, in welchen bereits endgültig eine Einigung über die Anrechnung einer Vesperpause erzielt ist, bleibt es bei den gegenseitigen Abmachungen bis zum Ablauf des Vertrages.

Durch den zweiten Passus des Schiedspruches wird der erste praktisch fast gänzlich aufgehoben. Vor allem aber wird die gewünschte Einheitlichkeit der Arbeitszeit durch den Schiedspruch nicht gebracht. — Einige Anträge der Arbeitgeber an das Einigungsamt, den Arbeitsnachweis betreffend, wurden zur Beweisaufnahme zurückgestellt und soll ein Schiedspruch erst erfolgen, wenn die Beweisaufnahme beendet.

Der Streit der Korbmacher in Traillsdorf ist nach kurzer Dauer zugunsten der Kollegen beendet worden. Der Arbeitgeber hat sich zur Anerkennung des Vertrages bereit gefunden und nahmen daraufhin die Kollegen am Donnerstag den 11. d. M. die Arbeit wieder auf.

Berichte aus den Zahlstellen.

Görlitz. Statutgemäß traten am Sonnabend den 30. Januar die Kollegen hiesiger Zahlstelle zu ihrer diesjährigen Generalversammlung zusammen. Leider hatten sich zu dieser nur die Hälfte der Kollegen eingefunden. Durch einen kurzen Rückblick auf das vergangene und den besten Wünschen für das neue Jahr wurde die Versammlung durch den Vorsitzenden Kollegen Kossick eröffnet. — Dem vom Schriftführer erstatteten Jahresbericht ist kurz folgendes entnommen: Das Jahr 1908 stand merkbar im Zeichen einer wirtschaftlichen Krise, die wie überall, sich auch in der hiesigen Holzindustrie bemerkbar machte und deren Folgen nicht unmerklich die Lebenshaltung der Arbeiter beeinträchtigte. Sind auch Entlassungen in größerer Zahl nicht vorgekommen, so trat doch zeitweilig in den meisten größeren Betrieben eine Arbeitsverknüpfung ein. Eine Anzahl Kollegen war auch infolge Arbeitsmangel gezwungen abzureisen und anderweitig Arbeit zu suchen. Deshalb ist es auch erklärlich, wenn ein Steigen der Mitgliederzahl nicht zu verzeichnen ist. Die monatlichen Versammlungen, in denen stets Vorträge über sozialpolitische und sonstige wissenschaftliche Thematika gehalten wurden, waren durchschnittlich von 45% der Mitglieder besucht. Die Bibliothek, welche 64 Bücher zählt, dient den Kollegen zur weiteren Aneignung von gewerkschaftlichen Kenntnissen. — Der Kassenbericht zeigte erfreulicherweise trotz der Krise erhebliche bessere Zahlen als im Vorjahre. — Die getätigte Vorstandswahl ergab folgendes Resultat: Kossick, 1. Vorsitzender; Göhn, 2. Vorsitzender; Kpell, Kassierer; Jeschner, Schriftführer; Jacher, Bibliothekar; Kollert und Schubert, Beisitzer. Die Kollegen Göhn und Friedrich fungierten als Kassenrevisoren. — Die

mit 14. Februar von 56 auf 55 Stunden verkürzte Arbeitszeit wurde von den Kollegen insofern unangenehm empfunden, als der hierdurch entstehende Lohnausfall nicht vergütet wird, zumal Görlitz und Berlin von den 1907 abgeschlossenen Verträgen die einzigen sind, welche eine Lohnzulage nicht erhalten. Es wird bei künftig abzuschließenden Verträgen alle Aufmerksamkeit in Bezug auf letzteres zu verwenden sein. — Hat nun auch im vergangenen Jahre der wirtschaftliche Niedergang etwas hemmend auf die Entwicklung unserer Zahlstelle gewirkt, so wollen wir im neuen Jahre alle Kräfte daran setzen, unsere Organisation weiterhin auszubauen und zu stärken. Es geschieht dies lediglich nur zum Wohle und Nutzen der Arbeiterschaft.

Bruchsal. Sonntag den 28. Februar hielten die hier bestehenden christlichen Berufsverbändler eine kombinierte Versammlung ab, welche in Anbetracht des wichtigen auf der Tagesordnung stehenden Themas besser besucht hätte sein können. Als Redner sahen wir unsern Betriebssekretär Kollegen Schmitz-Freiburg in unserer Mitte, welcher in etwa 1 1/2 stündigen Referate die gegenwärtige wirtschaftliche Lage und deren Begleiterscheinungen im Gewerkschaftsleben behandelte. — Kollegen von Bruchsal und Umgebung, erkennen endlich die Zeichen der Zeit; vieles, welches jetzt während der Krise durchgefallen werden muß, hätte vermieden werden können, wenn sich die Kollegen während der guten Konjunktur vereinigt hätten. Gerade in den beiden größten Gewerkschaften am Orte hört man die Arbeiter jammern über Lohnreduktionen, Schichtverkürzungen und so fort, aber Handanlegen wollen sie nicht. Wann wird die Arbeiterschaft zur Einsicht kommen? Doch nicht, wenn ihnen bereits die Handgelenke angelegt sind und es mit ihrer Bewegungsfreiheit ganz vorbei ist? Darum auf zu frischer Tat. Im Jahre 1909 müssen auch wir ein gutes Stück vorwärts kommen.

Strehlitz. Am 13. Februar hielt unsere Zahlstelle im Verbandslokal „Zum Lamm“ die diesjährige Generalversammlung ab. Auf unsere Einladung hin war der Bezirksvorsitzende Kollege Mud-Stuttgart erschienen, welcher von den anwesenden Kollegen freundlich begrüßt wurde. — Der Vorsitzende eröffnete die Versammlung und gab einen kurzen Bericht über den Verlauf des sozialen Lebens im verfloffenen Jahre. Der Schriftführer gab den Jahresbericht der Zahlstelle. Die hiesige Zahlstelle zählte am Jahresabschluss 18 Kollegen. — Kollege Mud hielt dann einen Vortrag über „Die geistige, sittliche und wirtschaftliche Hebung des Arbeiterstandes“. Der Vortrag fand allgemeinen Beifall und wurde mit Begeisterung von den Kollegen aufgenommen. — Der Kassierer gab die Jahresabrechnung. Der Jahresabschluss ist ein verhältnismäßig guter, besonders können wir mit dem Stand der Sozialkasse zufrieden sein. Alsdann wurde zu den Wahlen geschritten. Dieselben ergaben keine Neuerungen, denn es wurden die alten Kollegen wiedergewählt, was der Zahlstelle, wie auch den Gewählten zur Ehre gereicht. Zum Schluß wurden die Kollegen vom Vorsitzenden aufgefordert, die Sache des Verbandes, sowie das bereits Erwürgene jederzeit hochhalten. Es ist besonders zu beklagen, wenn Kollegen nach längerer Mitgliedschaft dem Verbande den Rücken kehren, obwohl sie dessen Erfolge und Leistungen wohl erkennen und auch genießen. Unter Hinweis auf den Ernst der gegenwärtigen Zeit und der Aufforderung zu reger Mitarbeit und fleißigem Besuche der Versammlungen wurde die gut besuchte Generalversammlung geschlossen.

Dortmund. Der Arbeitsnachweis unseres Verbandes befindet sich nicht mehr im Gewerkschaftshaus, sondern beim Vorsitzenden Kollegen Karl Meier, Humboldtstraße 9, 3. Stg. Der Nachweis ist den ganzen Tag geöffnet. Freie Stellen sind dort von den Kollegen sofort zu melden.

Münster. Einer besonderen Beachtung erfreut sich die Entwicklung unserer Zahlstelle seitens der roten Holzarbeiter. In der roten Tagespresse, sowie in der „Holzarbeiterzeitung“ werden Bergleiche über die Leistungsfähigkeit beider Verwaltungsstellen angestellt. Dabei wird vor allen Dingen verschwiegen, daß der christliche Verband im Vorjahre um 100 Mitglieder zugenommen hat, während im Bericht des sozial. Verbandes über die Mitgliederbewegung überhaupt nichts gesagt wird. Deshalb kann angenommen werden, daß dieser eher mit Verlust als mit Zunahme zu rechnen hat. Es werden dann die Unterstützungssummen des Vorjahres verglichen und darauf hingewiesen, daß der sozial. Verband mehr an Unterstützungen zahlte als der christliche. Daraus ein Merkmal größerer Leistungsfähigkeit zu konstatieren, ist grundfalsch. Unsere Zahlstelle hat statutenmäßig höhere Unterstützungen vorgesehen als der sozial. Verband. Ein Beispiel: Der christl. Verband zahlt an Arbeitslosenunterstützung die Woche 6 bis 12 Mk. und 42 Mk. im 1. Jahr, bis 84 Mk. im 6. Jahr. Die Unterstützung des sozial. Verbandes beträgt pro Woche nur bis 10 Mk., im ersten Jahr 36 Mk. und erreicht im 5. Jahre 60 Mk. Dazu wird von unserer Zahlstelle ein Zuschuß gewährt nach dem ersten Jahr 3 Mk. die Woche, steigend bis 6 Mk. im vierten Jahr. Es wird also die Gesamtsumme von 18 Mk. die Woche an Arbeitslosenunterstützung ausbezahlt. Die Zahlstelle des sozial. Verbandes leistet nach 1 Jahr einen Zuschuß von 2 Mk., steigend bis 6 Mk. nach 5 Jahren. Gesamthöhe der Unterstützung 16 Mk. die Woche. Wenn nun trotz der höheren Unterstützungen der christliche Verband prozentual weniger als die rote Zahlstelle ausbezahlt hat, so ist das lediglich auf den gut funktionierenden Arbeitsnachweis zurückzuführen, was jedenfalls auch als ein Vorzug unserer Zahlstelle angesehen werden muß. Krankenunterstützung ist in beiden Verbänden fast gleich. Doch wurde von unserer Zahlstelle bei einem Mitgliederstand von 500 noch 523,29 Mk. Krankengeldzuschuß gewährt, während die rote Zahlstelle bei 4000 Mitgliedern nur 1404,46 Mk. Krankengeldzuschuß geleistet hat. Hier zeigt sich offensichtlich, daß im christl. Verband den Kollegen, von ihnen geleisteten Beiträgen auch wieder mehr zugeführt wurde. — Ueber die Verwaltungskosten kann erst gesprochen werden, wenn ein genauer Bericht der Genossen darüber vorliegt. — Wenn nun mit dem Lokalkassenstand der roten Zahlstelle renommierter wird, so ist das jenseitig leicht erklärlich. Die rote Zahlstelle hat einen Wochenbeitrag von 25 Pfg. Davon werden 10 Pfg. an die Hauptkasse abgeführt. Unsere Zahlstelle erhebt einen Wochenbeitrag von 30 Pfg. Davon werden 15 Pfg. der Hauptkasse zugeführt. Es verbleibt der roten Zahlstelle pro Kopf im Jahr eine Mehreinnahme von 6,76 Mk. Hinichtlich der Opferwilligkeit werden die christlichen Holzarbeiter den sozialdemokratischen wohl nicht lange mehr nachsehen. Die Schlussfolgerung des roten Arbeiterscheiters, daß die Leistungsfähigkeit des christlichen Verbandes niedriger sei, dürfte noch damit widerlegt sein, daß unser Verband jetzt 180000 Mark in der Hauptkasse und 70000 Mk. in den Lokalkassen, zusammen eine Viertelmillion hat. Das ist prozentual mehr als der sozial. Verband besitzt.

Nagel. Die hiesige „Freie Tischler-Zinnung“ hat sich veranlaßt gesehen gegen eine sonderbare soziale „Fürsorgemaßnahme“ der Stadtbehörde Front zu machen, — und mit volstem Recht! Die Sache ist nun die: Auf dem leider immer noch nicht reformierten „praktischen“ Submissionswege wurden Schubante in 7 Hosen vergeben. 24 Nagelner Meister kandidierten, und

beriefen erhielten je 1 Loz zum geringsten hiesigen Angebot; so verblieben hier selbst 4 Loze. 20 Meister gingen leer aus; wogegen einer auswärtigen Firma 3 Loze erteilt wurden. Der Mittelpreis der 24 Nacherer Meister war 2000 Mk. à Loz, das geringste Angebot 1850 Mk. Das auswärtige Angebot war nur 1488 Mk., also 362 Mk. billiger als das geringste hiesige Angebot. Dieses „billige“ Angebot erleidet aber noch eine weitere Kürzung des „Profits“ durch Hertransport der fertigen Bänke: etwa 3-4 Waggons, mit wohl ca. 450 Mk. Unkosten incl. Nebenkosten, was jedes Loz noch um weitere 150 Mk. „unprofitlicher“ gestaltet, somit tatsächlich um ca. 512 Mk. geringer als das geringste hiesige Angebot. — Es steht nun fest: daß die 24 auf Beschäftigung hoffenden Nacherer Meister unter dem Druck der schlechten Geschäftslage, die Preise ganz gewiß aufs aller äußerste herunterkalkuliert hatten; und ebenso fest ist jeder Sachmann überzeugt, daß zu dem auswärtigen Angebot keine reelle Arbeit bei annähernd normalen Verdienst für Prinzipal und Gehülfe erstellt werden kann. Diese behörbliche Maßnahme ist nun wohl in mehrfacher Beziehung sehr bedauerlich. Es steht wohl außer allem Zweifel, daß heimische städtische Arbeiten auch von den ortsangehörigen Meistern mit ihren Gesellen erstellt werden sollten, welche ihr hier Erworbenes auch hierorts wieder in Umlauf setzen und verzehren, und außerdem von jedem verdienstlichen Groschen hier selbst entrichten. Und bei der großen Zahl Arbeitsloser hat doch hier dieselbe Behörde gewiß Sorge zu tragen, daß unter allen Umständen heimische Arbeiten von heimischen Arbeitern, welche um Arbeit fragen, erstellt werden und nicht wie es geschehen nach auswärtig zu geben und dabei zu Schleuderpreisen. Allerdings kann man auf alle erdenklichen Kosthandarbeiten von der Arbeitslosigkeit zu steuern, und hier — hier macht man das Gegenteil! Wirklich eine merkwürdige Sozialpolitik. — Für uns Gewerkschafter hat die Sache aber außer dem örtlichen auch noch ein allgemeines Interesse. Derartige Arbeits- und Verdienstverschleierungen haben eine noch höhere wirtschaftliche Bedeutung, wenn z. B. wie es anscheinend der Fall ist, unsere Kollegen bei solch Schleuderpreisen gezwungen sind zu scheitern und sich zu schänden, damit der Unternehmer bei seinem Schleuderpreis doch noch was herauszubringen. Es wäre dies sowohl ein selbstmörderisches, als wie ein dem Gesamtgesundungsbestrebungen entgegenwirkendes Tun der Kollegen, das aufs schärfste verurteilt und bekämpft werden muß. Es wäre somit von allgemeinem gewerkschaftlichem Interesse, zu erfahren, wie es an solchen Stellen gemacht wird. Vielleicht entschleierte sich da manches, was unsere Verbandseitung veranlaßt, mal „hinter die Kulissen“ zu gucken, um unsere Kollegen zu helfen, wenn sie nur ihre unwürdige Lage erkennen und die helfende Hand der organisierten Kollegenschaft ergreifen wollen, sowohl im eigenen, wie auch im Gesamtinteresse unseres Gewerbes. Gewiß müssen auch dabei die Arbeitgeber immer mehr zu der Ansicht kommen, daß unsere Organisationsbestrebungen ihrerseits nicht zu bekämpfen, sondern zu unterstützen sind, da wir einseitig gemeinschaftlich vor und nach die Sicherheiten unseres Wirtschaftslebens wegoperieren wollen, im Interesse der Arbeitgeber wie Arbeitnehmer.

Freiburg i. Br. Die Vorgänge im Baseler Schreinergerwerbe, die schon zum Teil in Nr. 9 unseres Organs wiedergegeben sind, bildeten die Tagesordnung zweier interessanter verknüpfter Versammlungen in Freiburg. Am 6. März hatte unsere Zehnjährige eine von Arbeitern aller Berufe nach besuchter Versammlung abgehalten, in deren Folge Grevin-Basel referierte. Seit dem Vorgehen unserer Kollegen in Basel an sich schon das „Krisenjahr“ der hiesigen Genossen erregt, so brachte die so schön verlaufene Versammlung sie vollends aus dem Häuschen. Das wurde geräuscht werden. Am 13. März sollte in einer Versammlung die „Christlichen“ angesprochen werden. In 3 Nummern des räumlichen „Vollstreub“ waren sämtliche „Genossen“ fleißig gebeten, nur ja in der Versammlung zu erscheinen und weil man der Sache nicht traut, wurde noch besonders mit Flugblättern nachgeholfen werden. Im „Vollstreub“ brühten man sich damit, daß der mächtige deutsche Holzarbeiterverband es nicht nötig habe, das ganze Karlel zu alarmieren wie die Christlichen es getan hätten, und im selben Augenblicke beruft das „freie Gewerkschaftsblatt“ für den Holzarbeiterverband die Versammlung ein. Überdies traut man dem „christlichen Väterchen“ nicht recht, daher die krampfhaftige Agitation. Unserem Vorsitzenden wurde in der Besprechung eine „besondere Einladung“ überreicht, die nicht nur Zeugnis ablegen sollte von dem Selbstgefühl, sondern auch von der eigentümlichen Rechtfertigung mancher Genossen. Die Karte unserer Bezirksleitung, hatte man ebenfalls wieder vorgelesen, denn eine besondere Einladung erfolgte nicht. Die Versammlung war von unseren Kollegen zahlreich besucht und ohne dieselben hätte die mit so reichen Mitteln arrangierte Versammlung nämlich zerfallen. Zunächst wurde ein Bericht unserer Versammlung, den besonders „hiesigen Genossen“ erregt hatten, vorgelesen und bildeten die dann enthaltenen Verhandlungen die Grundlage für die Verhandlungen. Eigentlich, daß es ein solcher Bericht war, dessen „Kontinuität“ selbst in Genossenschaft in dem sonderbaren Maß steht, Refereur von Genossen in einfacher Weise wieder gegeben zu haben. Der Bericht über aus Zürich, den man sich als Referenten verschrieben hatte, wußte sich denn über eine Stunde im Schweigen hinstellen, wobei die Baseler Vorgänge öfters knapp weg kamen. Die hiesigen Kollegen über die deutsche Gewerkschaftsbewegung sind ja bei ihm erschienen, aber interessanter für uns ist das ihm entlassene Geschwätz, daß der Grund des Kampfes „der Arbeitsnachweis in Basel“ sei. Wie weil die Christlichen die Konsumvereine des „Juden“ Verbandes nicht unterstützen, weil sie sich gegen die Folgen dieses Arbeitsnachweises schützen wollen, mit gutem Recht schützen müssen, deshalb der bewußte Kampf, deshalb müssen die „Christlichen“ unterstützt werden.“ Seine weiteren Ausführungen betrafen, daß man in der Schweiz in derselben Weise und mit denselben Mitteln die deutschen Gewerkschaften bekämpfen und beschließen, wie dies seit jeher in Deutschland zu beobachten war. Sogar von der propagandistischen Tätigkeit mancher deutscher „Genossen“ ist Herr Referent angefaßt, denn der deutschen Gewerkschaften propagierte er, daß dieselben keinen weiteren Zuwachs zu verzeichnen haben würden, sondern nur durch die Beschäftigung der Mitglieder zwischen der Schweiz und Deutschland hätten den jeweils Zuwachs. O heilige Ewigkeit! — Die Diskussion brachte eine Anzahl der alten Mägen und Lehrlinge, die von den deutschen Gewerkschaften zu fremden Mägen überredet worden sind. Interessant war nur, daß dieselben von denen vorgebracht wurden, die besonders hier im Süden erst gewonnen werden wollen. Ein „hiesiger Genosse“ wußte sogar die folgende Entdeckung, daß die Christlichen dies alles arrangiert hätten, um Agitationsmaterial für die „besorgende Landesregierung“ zu haben. — Der gestellte Punkt, daß man den christlichen Mägen, die man einstweilen in der Versammlung eingeladen hatte, Schicksal geben sollte, die unsern Kollegen zu unterstützen, der sollte bald erledigt werden.

Allernächst gestattete man dem ersten Diskussionsredner 20 Minuten Redezeit und im übrigen 10 Minuten. Auf Antrag eines Genossen wurde dieselbe denn noch auf 5 Minuten beschränkt. Den christlichen Gewerkschaftlern hat diese Versammlung erneut bewiesen, mit welchen Mitteln sie von den „Freien“ bekämpft werden und sollen unsere Kollegen hieraus die nötigen Lehren ziehen. Insbesondere bewies das Verhalten mancher „Genossen“, daß die christlichen Arbeiter entgegen den hier aufgestellten Behauptungen in die christlichen Gewerkschaften gehören. Möge man demnach handeln!

Hagen i. W. Am Sonntag, den 7. d. M. fand hier unter großer Beteiligung die Gewerkschaftswahl statt. Die Wahl erfolgte nach gebundenen Listen. Es beteiligten sich die „Genossen“, die S. D. Gewerkschaft und die christlichen Gewerkschaften. Die christl. Gewerkschaften erhielten 1067, die „Genossen“ 2266, die S. D. 453 Stimmen. Die christl. Gewerkschaften erhielten somit 4 Beisitzer, (bisher 3), die roten 8, (bisher 7), die S. D. keinen (bisher 2) Beisitzer. Unsere Kollegen können mit dem Ausgang der Wahl schon zufrieden sein, zumal das Baugewerbe sehr wenig Arbeiter beschäftigt. Nicht uninteressant war es mit anzusehen, wie die Hirsch-Dunkerschen Gewerkschaften versuchten, Stimmen für sich zu fangen. Sie luden auf großen, gelben Plakaten unter der Firma „Rationale Arbeiter“ zur Stimmabgabe für ihre Liste ein. Auch die Presse stand ihnen ausgiebig zur Verfügung. Dann waren sie schon 4 Tage vor der Bekanntgabe der Listennummern im Besitz ihrer Nummer („Vertraut Eurem Magistrat“! D. G.) und mit einem Flugblatt auf dem Plan. Trotzdem auch hier — rückwärts. Der Ausgang der Wahl zeigt aber, daß auch die „Genossen“ nicht die Massen besitzen, die sie der Allgemeinheit vortäuschten. Dies zeigt, daß noch genügend Arbeitermassen vorhanden sind, die zu organisieren, Aufgabe unserer Kollegen ist.

Krankengeldzuschusskasse.

Die Abrechnungsformulare vom 1. Quartal 1909 liegen der Zeitung bei. Dieselben sind bis spätestens 15. April an die Zentrale einzuliefern. — Es wird nochmals daran erinnert, daß der sich aus der Abrechnung ergebende Geldbetrag unbedingt an die Zentrale eingekandt werden muß.

Gewerkschaftliches.

Der Bericht des Ausschusses des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften für das Jahr 1908 wird soeben in Nr. 5 des „Zentralblattes“ veröffentlicht. Einleitend bemerkt der Bericht, daß das Jahr 1908 für die christliche Gewerkschaftsbewegung nicht so ereignisvoll war wie seine Vorgänger. Die wirtschaftliche Krise, die solches bedungen, war jedoch nicht in der Lage, das Vertrauen der christlichen Arbeiter zu ihren Organisationen zu erschüttern. Von Belang im Jahre 1908 waren trotzdem manche Begebenheiten. Im Bau-, Maler-, Schneider- und Holzgewerbe vollzogen sich große Tarifbewegungen und Tarifabschlüsse. In der Gewerkschaftsbewegung selbst hatte man dadurch ernsthaft gegen eine überspannte Demokratie Stellung zu nehmen. Das Jahr 1908 reicht in Bezug auf die wirtschaftlichen Kämpfe an seine Vorgänger nicht heran. An Stelle jener Kämpfe hatte die christliche Gewerkschaftsbewegung jedoch manchen Kampf um ihre Grundsätze durchzuführen. Erinnert sei an den „Fall Behrens“ und die Begleiterscheinungen der Züricher internationalen Konferenz. Zu letzteren bemerkt der Bericht sehr zutreffend, daß die verschiedensten Kreise der christlichen Gewerkschaftsbewegung mit einer Auslegung der Moral aufwarteten, die man anderen Ständen (z. B. den z. B. im Streit befindlichen Kölner Ärzten) nicht zu bieten wage. — Zum Reichsvereinsgesetz meint der Bericht, daß, wenn die höheren gerichtlichen Instanzen, die Rechtprechung der unteren bestätigten, man „vom Regen in die Traufe“ gekommen sei, d. h. keine größere Bewegungsfreiheit für unsere christl. Gewerkschaftsbewegung gewonnen wäre. — Zum Arbeitskammer-Gesetzentwurf ist in unserer Bewegung des öfteren Stellung genommen worden und hat man sich allseitig für paritätische Kammern erklärt. Interessant ist hierzu die Stellung der S. D. Gewerkschaften. Diese forderten im Jahre 1904 auf dem hiesigen Verbandstage noch reine Arbeiterkammern. Nachträglich sprach sich dann der Zentralrat (die oberste Leitung) für paritätische Kammern aus. Der Metallarbeiter-Gewerkschaften jedoch, die stärkste S. D. Arbeiterorganisation versucht nach wie vor die reinen Arbeiterkammern. Der Bismarck in dieser Organisationsrichtung ist damit wohl genügend gekennzeichnet. — Der Konsumvereinsbewegung ist im Bericht ebenfalls Erwähnung getan und wird darauf hingewiesen, daß Gewerkschaft und Konsumverein zwei getrennte Dinge seien, die aneinandergehalten werden müssen. — Sitzungen des Ausschusses fanden im Berichtsjahre eine, solche des Vorstandes des Gesamtverbandes hingegen

zwölf statt. Von anderen Konferenzen und Veranstaltungen die durch den Gesamtverband einberufen oder beschickt seien erwähnt: die Züricher internationale christl. Gewerkschaftskonferenz; eine Konferenz zur Besprechung des Leids der öffentlich-gesellschaftlichen Arbeitslosenverhältnisse eine Konferenz zur Regelung der Organisationsfrage für Steinarbeiter, eine solche zur Besprechung der Organisationsverhältnisse in Oberschlesien, eine zweitägige Konferenz Redakteure der Gewerkschaftspresse; die Badische Konferenz und ein 14 tägiger Kurzus für die Gewerkschaftsbeamten. — Vorsicht glaubt der Bericht anempfehlen zu müssen bei Einberufung von Konferenzen für einzelne Gebiets-Landesteile, da hier meistens die Erfolge in keinem Verhältnis zu den Kosten ständen. — Die durch den Gesamtverband betriebene Agitation vollzieht sich hauptsächlich durch in München, Stuttgart, Erfurt, Hamburg und Breslau gehaltenen Sekretariate. Die von den Sekretariaten geleitete Saat kann jedoch infolge der Eigenart der Verhältnisse den meisten Gebietsstellen erst in fernerer Zeit die ersten Früchte bringen. — Neue Organisationen gliederten sich im Jahre 1908 dem Gesamtverbande zwei an, die Mayen Berufsvereinigung der Steinarbeiter und neugegründete Eisenbahnerverband (Sitz Elberfeld). Die Presse des Gesamtverbandes weist in der Bericht keine Veränderungen auf. Das Zentralblatt soll auch weiterhin noch vierzehntägig erscheinen. Das polnische Gewerkschaftsblatt wird hingegen achttägig herausgegeben. Der der Redaktion wurde im Februar d. J. von Posen Kattowitz verlegt. Dasselbe geschah mit dem polnischen Blatt des Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter. Das italienische Blatt verringerte seine Auflage um ca. 700, was bei schlechten Konjunktur und der dadurch veranlaßten Abnahme der Zuwanderung italienischer Arbeiter erklärlich ist. — Literatur der christlichen Gewerkschaftsbewegung hat im Jahre 1908 eine wesentliche Bereicherung erfahren. Jedenfalls das ein Beweis von der inneren Festigung und der positiven Arbeit der Bewegung. — Der Kasernenbericht des Ausschusses zeigt gerade kein erfreuliches Bild, da die laufenden Einnahmen zur Deckung der Ausgaben nicht reichten. Das Resultat ist erklärlich durch die Errichtung des neuen Sekretariats in Stuttgart, der Anstellung eines weiteren Beamten auf dem Zentralarbeitersekretariat in Berlin, Uebernahme des internationalen Sekretariats usw. Unter Einnahmen des Gesamtverbandes sind verzeichnet: stand 21 274,12 Mk., Beiträge 45 128,53 Mk., Zentralblatt 1402,19 Mk., polnisches Blatt 5059,26 Mk., italienisches Blatt 2594,52 Mk., zurückgezahlte Darlehen 3000 Mk., Buchhandel 22 109,65 Mk. Insgesamt betragen die Einnahmen 101 343,65 Mk., die Ausgaben 88 907,18 Mk. Unter letzteren befinden sich folgende Posten: Zentralblatt 12 455,60 Mk., polnisches Blatt 5700,85 Mk., italienisches Blatt 3157,84 Mk., Generalsekretariat 9802,81 Mk., Zentralfür Arbeitervertretung vor dem Reichsversicherungsamt 2359,40 Mk., Sekretariate in München, Breslau, Erfurt, Hamburg, Stuttgart, sowie sonstige Agitationsstellen 21 327,65 Mk., Vorstands- und Ausschussgehälter 1031,85 Mk., Teilnahme an Kongressen, Konferenzen u. dgl. 2690,42 Mk., Beamtenkurzus 2369,19 Mk., Buchhandel 21 902,17 Mk. Im Anschluß an den Bericht des Ausschusses, den der Reichsverband erstattet, gibt auch das Berliner Zentralsekretariat ein Bild über seine Tätigkeit im Jahre 1908. Verhandlungen am Reichsversicherungsamt, bei dem das Bureau die Vertretung hatte, haben 792 stattgefunden. Davon betrafen 68 Invaliden- und 724 Unfallsachen. Den Invalidensachen wurde in 32 Fällen ein ganzer teilweiser Erfolg erzielt. Bei den Referaten in Unfallsachen waren in 297 Fällen ganze oder teilweise Erfolge zu verzeichnen. Die Holzindustrie-Berufsvereine betrafen 31 Referate.

Briefkasten.

Die Kollegen Max Schnabel und Hygin oder Hygie, werden gebeten, ihre Adressen der Zentralstelle des Gesamtverbandes bekannt zu geben. Kollegen, die die betreffenden fern wollen sie gefälligst auf die Adressen-Bekanntgabe aufmerksam machen.

Wer kann einem Verbandsmitgliede eine gute Bezugsquelle für Laubsägeartikel mitteilen?

Adressenveränderungen.

Gildesheim. Reiseunterstützung zahl: F. Schwelb. I. Rosenhagen 10. 12-1 und 6-8. Windisch-Eschenbach. R. Joseph Richter Bahnpoststr.

Wenn Sie beschließen, eine Fachschule zu besuchen, und für Ihr saner erpartes Geld wirklich eine bessere Erlernung erlangen wollen, so wenden Sie sich nicht an minderwertige Institute, sondern an die allgemein als die beste bekannte

Süddeutsche Schreiner-Fachschule zu Nürnberg

die unübertreffliche Erfolge aufzuweisen hat. Vermittlung passender Stellen kostenfrei. — Programme frei.

Möbelschreiner

welche auf eisenjournalierte Schlafzimmernöbel eingearbeitet sind, bei gutem Lohn sofort gesucht.

Offerten an die Expedition dieses Blattes erbeten.

Orgelbauer

in allen Zweigen des Faches erfahren, Spezialität Spielbänke, findet dauernde Beschäftigung.

Alter Nebenache.

Offerten an die Expedition dieser Zeitschrift.

Süddeutsche Zahnstellen. Donnerstag, den 25. März (Feiertag) in Offenbach. Näheres durch Zirkulare.